

Antrag

der FWG-Fraktion im Kreistag – Kreis Ahrweiler

Finanzlage der Kreise in Rheinland-Pfalz – Gemeinsame Resolution an das Land

Die Finanzlage der rheinland-pfälzischen Kreise hat sich trotz engagierter und umfangreicher Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen für das Jahr 2010 durch den Rückgang an Schlüsselzuweisungen und Kreisumlage, sowie durch höhere Ausgabenbelastungen, insbesondere im Sozialbereich, so verschlechtert, dass fast alle Kreise, viele zum wiederholten Male, keinen ausgeglichenen Haushalt aufstellen können. Diese Situation ist in der Geschichte einmalig. Eine erhebliche Verantwortung für diese Finanznot trägt auch das Land Rheinland-Pfalz. Im Verhältnis zu ihren gesetzlich normierten Aufgaben sind die Kreise strukturell unterfinanziert. Daher bedarf es einer zielgerichteten Unterstützung durch den Gesetzgeber. Das Land wird aufgefordert, das Finanzausgleichsgesetz umgehend zu ändern und die Allgemeinen Finanzausweisungen deutlich zu erhöhen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert die Beteiligung an der Finanzierung der Sozialausgaben, insbesondere bei den Kosten für Hartz IV, auf das ursprüngliche Ziel (Entlastung von 2,5 Mrd. €) einzustellen. Das Abrücken von dieser Intention kostet die kommunalen Grundsicherungsträger in Rheinland-Pfalz jährlich ca. 100 Mill. €